



Dr. Mark Terkessidis

Vielfalt als kreative Ressource

Kollaboration statt Integration in der interkulturellen Stadt



Ist die „Toleranzschwelle“ in Sachen Einwanderung überschritten? Gibt es zu viel Vielfalt in „unserer“ Gesellschaft? Zu viele „Integrationsunwillige“? Nicht unbeachtliche Teile der Bevölkerung sagen: Ja. In einem der erfolgreichsten Sachbücher der letzten Jahrzehnte entwirft Thilo Sarrazin düstere Aussichten für die Zukunft: In den Städten hat die deutsche Sprache abgedankt, Schulen und Stadtviertel sind entlang der Muttersprachen der Einwanderer „entmischt“ und das einheimische, bürgerliche Kulturerbe verfällt. Obwohl solche Sarrazin'schen „Alpträume“ nicht mal annähernd etwas mit der Wirklichkeit zu tun haben, zeigt der erhebliche Wiederhall auf seine Thesen, dass die Veränderungen durch Einwanderung und Internationalisierung oftmals als Niedergang erlebt werden.

Tatsächlich stellen diese Thesen auch so etwas dar wie die polemische Zuspitzung einer durchaus verbreiteten Ansicht über die Städte, einer Erzählung über ihre problematische Zukunft (jenseits von politischer Orientierung). Wenn man sich die Debatten der vergangenen Jahrzehnte in den Medien und teilweise auch in der Wissenschaft anschaut, dann ging es zumeist um Niedergang, um „den Verlust der Integrationsfähigkeit“ (Häußermann/Oswald 1997, S. 17), um tatsächliche Desintegration oder das Verschwinden des öffentlichen Raums, wahlweise verursacht von neoliberaler Politik (Privatisierung, „McDonaldisierung“, „Gentrifizierung“) oder von der Einwanderung („Parallelgesellschaften“, „Problembezirke“).

Die Ideen über Stadt und „Integration“ sind in Deutschland häufig an Normvorstellungen orientiert. Die Stadt erscheint als wohlgeordneter, konfliktfreier und im Grunde familiär organisierter Behälter, in den die Hinzukommenden eingepasst werden. Zwar sind Städte noch nie so gewesen, aber diese Ideen funktionieren als eine Art „nostalgische Utopie“. Die reale Stadt, ihre Unruhe und ständige Veränderung wirken stets mangelhaft und angsteinflößend: Man muss ihre Beweglichkeit eindämmen. Zweifellos ist die Gesellschaft heute jenem Prozess unterworfen, den man gemeinhin Globalisierung nennt, was bedeutet: weniger ökonomische Sicherheit und Planungskontrolle, mehr Mobilität und Vielfalt. Dabei erweisen sich die Veränderungen jedoch keineswegs durchweg als negativ, sondern als widersprüchlich. Vor allem stellen sie Herausforderungen – statt der routinierten Klage benötigt es einen an der Zukunft orientierten Willen zur Gestaltung.

Leben in der Parapolis

Was bedeuten nun zunehmende Mobilität und Vielfalt konkret? Zweifellos waren die Städte immer schon Orte des Transits, Knotenpunkte in einem internationalen Gewebe – beunruhi-

gend erscheint die aktuelle Mobilität wohl nur vor dem Hintergrund der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, in denen der Akzent stark auf einer berechenbaren Sesshaftigkeit lag. Die aktuelle Situation kennzeichnet, dass es eine zunehmende Anzahl von Personen gibt, deren Status aus unterschiedlichen politisch-ökonomischen Gründen nicht eindeutig festzulegen ist. Heute leben in den Städten „Ausländer“ mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von fast 19 Jahren; „Pendler“, die im Durchschnitt für ein halbes Jahr bleiben; „Geduldete“, deren Aufenthaltsperspektive nach einem Jahrzehnt immer noch bei einem halben Jahr liegt, „Papierlose“, die als Touristen eingereist sind und deren Existenz von der offiziellen Statistik ganz geleugnet wird. Man findet zahlreiche Studenten aus anderen Ländern, die eine bestimmte Zeit in der Stadt bleiben, „Expatriates“ jeglicher Couleur, die wegen Arbeit, Liebe oder einer neuen Lebensperspektive in die betreffende Stadt gezogen sind, Zweitwohnungsbesitzer, deren Familien in einer anderen Stadt leben, oder auch Touristen, die mit ihren wiederholten Wochenendtrips und ihrem Szenewissen auf eine noch nie dagewesene Weise ins Gewebe der Stadt eindringen.

Diese Personengruppen stellen sämtlich eine „anwesende Abwesenheit“ dar – sie sind da, aber gleichzeitig noch an einem anderen Ort. Diese neue Mobilität hat die geografischen Verhältnisse von Nähe – und Ferne, aber auch von Nachbarschaft völlig verändert. So existieren in der Stadt Orte, die nur noch lose mit ihrer Umgebung korrespondieren. In den Niederlassungen transnationaler Unternehmen etwa ist die Umgangssprache längst nicht Deutsch, sondern Englisch, und die Mitarbeiter stammen aus vielen verschiedenen Ländern und werden vielleicht schon bald an einen anderen Ort versetzt. Diese Büros haben viel mehr zu tun mit dem globalen Kommunikationsraum des Unternehmens als mit ihrer direkten Nachbarschaft. Zugleich haben die Städte unsichtbare Voror-



Abb. 1: „Same same but different“ (Foto: Annick Rietz)

te, die geografisch weit entfernt liegen, tatsächlich aber eher wie eine Nachbarschaft funktionieren. Viele Arbeitsmigranten, die ursprünglich nur für „ein, zwei Jahre“ nach Deutschland gehen wollten und sich doch ansiedelten, haben gleichzeitig in ihrem Herkunftsland Häuser gebaut oder Wohneigentum erworben – ohne tatsächlich zurückzukehren. So existieren aktuell vor allem außerhalb von Europa, etwa in Marokko, ganze Stadtviertel, die sich im Sommer mit Auswanderern füllen. Selbst wenn Einwanderer keine Immobilien in ihrem Herkunftsland besitzen, bewohnen sie einen familiären Raum, der Netzwerke über die nationalen Grenzen hinweg spannt. In ähnlicher, aber ganz anderer Weise haben Touristen und „Rentenauswanderer“ in großer Zahl an der europäischen Sonnenperipherie, etwa in Spanien, Häuser oder Wohnungen erworben. Sie bewohnen dort Siedlungen, die veritable „Parallelgesellschaften“ darstellen und die mit ihrer physischen Nachbarschaft wiederum nur sehr lose Verbindungen aufweisen. Es handelt sich ebenfalls um verkappte Vororte westeuropäischer Städte.

Seitdem die deutsche Statistik auch das Kriterium des Migrationshintergrunds erfasst, ist zudem der dramatische demografische Wandel ins Bewusstsein vorgedrungen – bei den unter 6-Jährigen in den deutschen Städten sind die Kinder mit einer Einwanderungsgeschichte in der Mehrheit, für Frankfurt oder Nürnberg ergeben sich Anteile von annähernd 70% (8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010, S. 54). Diese Vielheit lässt sich nicht mehr auf Einheit und Eindeutigkeit reduzieren. Die traditionelle Polis ist längst auseinandergefallen, sie hat sich zu einer vielgliedrigen Parapolis entwickelt – das Wort bezeichnet die vage, quasi illegitime „para“-Version der Polis. Aber zudem verbirgt sich in dem Wort „para poli“, was „sehr viel“ heißt: Man könnte also von einem Ort des „sehr viel“, eben nicht nur der Vielfalt, sondern der Fülle sprechen. Das Bewegungsschema der urbanen Vielheit erschöpft sich dabei nicht länger in den auf so etwas wie ethnische Identität beruhenden Vorstellungen des herkömmlichen Multikulturalismus. Die oben geschilderten Personen lassen sich nicht länger einfach auf Traditionen und Gemeinschaften hochrechnen. Sie sind uneindeutig, weil sie in einer komplizierten Gemengelage von Polyglottie und transnationalen Bezügen leben, was im Übrigen

auch zunehmend für die sogenannten Einheimischen zutrifft. In diesem Sinne hat auch die Sinus-Studie über die „Lebenswelten von Migranten in Deutschland“ (2007) gezeigt, dass in dieser Bevölkerung zweifellos eine enorme Spreizung von Werten existiert. Allerdings sind die Unterschiede hinsichtlich der Werte innerhalb der jeweiligen ethnischen Gruppen größer als zwischen diesen Gruppen – der ethnische Hintergrund hat also nur begrenzte Aussagekraft. Insofern könnte der Begriff „Ethnizität“ in Bezug auf Gestaltungsfragen in der Einwanderungsgesellschaft durch den Begriff „Referenzrahmen“ ersetzt werden, der Einflüsse durch Herkunft nicht ausschließt, aber gleichzeitig akzeptiert, dass Personen ihre Bezugsräume mit unterschiedlichen Ressourcen aktiv konstruieren. Das stellt Planung vor erhebliche Herausforderungen. Wenn sie von „farbenblinder“ Ignoranz abrücken möchte, dann braucht es mehr als „interkulturelle Kompetenz“, die leicht in eine Art Ethno-Rezeptwissen umschlagen kann. **Die Planung benötigt ein flexibles Kontextwissen.**

Ein Programm Interkultur statt Integration

Mit den alten Vorstellungen von Integration kommt man jedenfalls nicht mehr weiter. Auch wenn der Begriff Integration heute deutlich pragmatischer verstanden wird, transportiert er unausgesprochen normative Ideen aus den 1970er Jahren. So erscheinen Einwanderer weiterhin oft als defizitäre Personen, die durch kompensatorische Sondermaßnahmen an die Norm herangeführt werden müssen. Trotz der oben genannten Veränderungen geht es seit rund vier Jahrzehnten stets um die gleichen Defizite: Sprachprobleme, patriarchale Familienverhältnisse und „Ghettobildung“, unterdessen „Parallelgesellschaft“ genannt. Die Logik der integrativen Kompensation suggeriert, die gesellschaftlichen Institutionen und Normen seien intakt, bloß die „Hinzugekommenen“ reformbedürftig. Doch funktionieren die herkömmlichen Institutionen tatsächlich, wenn in Stuttgart heute 40% der Bevölkerung Migrationshintergrund haben? Was sind die allgemeinen Normen, wenn etwa im schweizerischen Zürich unterdessen 60% der Einwohner einen Migrationshintergrund haben? Der Blick auf die „Anderen“ sorgt letztlich für die konsequente Vermeidung von Innovation – nur ein Perspektivwechsel kann die Blockade aufheben.



Anstatt sich unentwegt mit den „Problemkindern“ zu befassen, steht vielmehr eine Überprüfung der bestehenden Institutionen, Organisationen und Einrichtungen an: Sind sie „fit“ sind für die Vielheit? Inwiefern berücksichtigt der Regelbetrieb in Sachen Planung, Bildung, Gesundheit, Arbeitsvermittlung oder Kultur die unterschiedlichen Voraussetzungen, Hintergründe und Referenzrahmen der Individuen und unterstützt sie dabei, ihr Potenzial auszuschöpfen? Eine solche Selbstbefragung bedeutet, die Herausforderung der Einwanderungsgesellschaft anzunehmen und den gesellschaftlichen Wandel als Anlass für Erneuerung zu nehmen. Heute findet sich etwa in den Schulen die „Parallelgesellschaft“ keineswegs in den Klassenzimmern oder auf dem Pausenhof, sondern im Lehrerzimmer. Wenn ein Drittel der deutschen Schüler einen Migrationshintergrund besitzt, Tendenz steigend, dann darf unter den Lehrern keine Homogenität herrschen. Institutionen können nicht funktionieren, wenn sie die Vielheit nicht abbilden.

In den USA wird schon seit den 1990er Jahren über „Diversity“ mit einem großen D gesprochen – dabei handelt es sich um Programme, mit denen die Unternehmen der vielfältigeren Zusammensetzung der Belegschaft in Bezug auf Geschlecht, Alter, Herkunft und sexuelle Orientierung gerecht werden wollen. Tatsächlich benötigt die Gestaltung der Parapolis ein „Programm Interkultur“. Der Leitfaden lautet: Wie müssen sich der Personalbestand und die Organisationskultur verändern, um der Vielheit zu entsprechen? Die Städte werden aktuell verwaltet und geplant von einem Personal, das mit der Zusammensetzung der Bevölkerung nicht mehr übereinstimmt – es gibt hier wie in anderen Bereichen eine enorme „Krise der Repräsentation“. Daher müssen Ausbildungschancen verbessert und Rekrutierungsverfahren gerechter gestaltet werden. Zudem braucht es aktive Strategien, um den Anteil an Personen mit Migrationshintergrund zu erhöhen – etwa nach dem Vorbild der Kampagne „Berlin braucht dich“ oder dem Handlungskonzept „Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte“ in Nordrhein-Westfalen.

Der Wandel des Personalbestandes allein kann aber nicht funktionieren, wenn es keine Veränderung der Organisationskultur gibt. Organisationen bringen immer einen gewissen „Typus“ hervor, der als „normal“ gilt und selbstverständliche Privilegien genießt. Personen, die mit diesem Typus übereinstimmen, bemerken gewöhnlich nicht, wie „deutsch“ und ausgrenzend bestimmte Rede- und Verhaltensweisen oder bestimmte Strukturen eigentlich sind. Wenn aber die impliziten Regeln nicht reflektiert werden, dann scheiden die „Anderen“ möglicherweise sehr schnell wieder aus. Ein Beispiel: Der ehemalige mit der Aufklärung der Morde des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) befasste Leiter der Münchener Mordkommission meinte in einem Interview, für die Recherchen im lange verdächtigen „Milieu“ der Kleinunternehmer türkischer Herkunft seien auch „türkische Polizeibeamte“ eingesetzt worden. Dieser Auffassung nach handelt es sich also nicht um deutsche Beamte, die eine Zusatzqualifikation besitzen (türkisch sprechen), sondern um „türkische Beamte“. Diese kommen offenbar primär dann zum Einsatz, wenn es notwendig erscheint, die Sprache von Delinquenten zu verstehen. Die Wahrnehmungsroutinen bleiben dabei intakt: Es ist klar, welche Personengruppe unter Verdacht steht, und die Beamten nichtdeutscher Herkunft gehören eigentlich zu einem „ausländischen“ Kontext und werden entsprechend für einen bestimmten Zweck instrumentalisiert. Auch wenn sich die Polizei aktiv um eine Veränderung der Belegschaft bemüht, drohen solche Auffassungen den Prozess zu konterkarieren und müssen aktiv angegangen werden.

Das Ziel aller Maßnahmen ist nicht bloß die Beseitigung von Diskriminierung, sondern die Herstellung von „Barrierefreiheit“. Dieser Begriff wird gewöhnlich verwendet, um die baulichen Umbauten für Menschen mit Behinderungen zu bezeichnen, doch lässt sich der Begriff auch auf eine Reihe von unsichtbaren Schwellen erweitern. Letztlich geht es um ein Grundpostulat der demokratischen Gesellschaft: Alle Personen sollen sich frei bewegen können, körperlich wie sozial,



Abb. 2: Stadtgesellschaft in Bewegung (Foto: Annick Rietz)



und gerecht behandelt werden bei der Verteilung von Ressourcen und Dienstleistungen. Dazu wird eine Perspektive benötigt, die Paradoxe aushalten kann, denn sowohl eine „farbenblinde“ Haltung als auch eine, die der Differenz stets mit Sonderbehandlung begegnet, können diskriminierende Effekte haben. Insofern geht es immer um eine genaue und reflektierte Abwägung – ohne die Betonung von Migrationshintergrund komme ich nicht aus, solange mit diesem Merkmal Benachteiligung einhergeht; gleichzeitig darf der Migrationshintergrund im Alltag einer Demokratie keine Rolle spielen. Dieses Paradox lässt sich nicht auflösen.

Strategien für die vielheitliche Stadt

In der Parapolis nun müssen alle Gestaltungsansätze von der Vielheit der Bevölkerung im urbanen Raum ausgehen. Die Aufgabe kann eben nicht darin bestehen, diese Vielheit wieder auf Einheit und Eindeutigkeit zu reduzieren. Zum einen muss im Rahmen der Globalisierung ein gewisser Kontrollverlust realistisch anerkannt werden. Zum anderen sollte dennoch der Versuch unternommen werden, die Stadt so zu arrangieren, dass sie die unterschiedlichen Voraussetzungen und Hintergründe der Individuen berücksichtigt und diesen ermöglicht, ihr Potenzial auszuschöpfen – als Personen, die sich in ihrem Gemeinwesen engagieren und eben dadurch eine Vorstellung von Gemeinschaft entwickeln. Diese Gestaltungsaufgabe lässt sich in fünf Punkten kurz skizzieren:

1. Die Städte müssen ihre Institutionen daraufhin befragen, ob sie der Mobilität und Vielfalt der städtischen Gesellschaft gerecht werden – die programmatische Verpflichtung auf Interkultur wurde oben bereits erläutert.

2. Es ist für die Zukunft der Städte höchst relevant, welches Bild sie von sich selbst entwerfen. Eine Stadt, welche die Vielheit als Niedergang begreift, ist für die Zukunft nachweislich schlechter gerüstet als eine, die ihre Vielheit als kreative Ressource begreift. Letztere stärkt bei ihren Bürgern den Optimismus und erhöht die Anziehungskraft für Zuzügler und Touristen. Eine Studie aus den 1990er Jahren hat etwa für das Vereinigte Königreich gezeigt, dass eine Stadt wie Manchester, die mit der inneren Diversität offensiv umgeht, deutlich besser mit dem Strukturwandel umgehen konnte als etwa Sheffield, wo die Heterogenität eher im Zusammenhang mit dem Niedergang gesehen wurde (Taylor et al. 1996). In den deutschen Städten wird die Vielfalt kaum einmal als Vorteil gesehen. Wenn man etwa auf der Homepage der Stadt Duisburg einen Blick auf die Marketing-Videos für Touristen wirft (Visit Duisburg 2013), dann wird die antiseptische Darstellung von ortloser Architektur, Kultur- und Sportangeboten ausschließlich mit Personen illustriert, die „weiß“ erscheinen, jedenfalls der realen Zusammensetzung der Stadt überhaupt nicht entsprechen. Anstatt dessen wäre es fruchtbarer, die Vielfalt als „Branding“-Merkmal einzusetzen. Tatsächlich sorgt der „Mythos“ etwa des Stadtteils Kreuzberg für einen regen Zustrom

von Bewohnern und Touristen – diese Personen suchen den Ort zweifellos nicht wegen seiner städtebaulichen Schönheit auf, sondern eben wegen der Attraktion des Vielheitlichen.

3. Der urbane Raum benötigt aufgrund der Mobilität eine neue Idee eines an den Wohnort gebundenen „Rechts auf einen Ort“. Gerade in den Zeiten knapper Finanzmittel sind die Städte auf mehr Beteiligung angewiesen. Die Zeiten autoritärer Planung durch Experten sind vorüber – Regieren bedeutet heute auch Kollaboration mit den Bürgern. Eine ernsthafte Beteiligung der Einwohner an Planungs- und Haushaltsprozessen verstärkt die Legitimität von Entscheidungen in der „Parapolis“. Dabei müssen auch für Personen mit uneindeutigem Status Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen werden – möglicherweise in kleineren sozialräumlichen Einheiten, also



Abb. 3: Attraktion des Vielheitlichen (Foto: Metscher)

Nachbarschaften oder Viertel, ansetzend bei ganz konkreten Problemen. Allerdings müssen die Kollaborationsangebote ernst gemeint sein, was auch bedeutet: Die Bürger müssen tatsächlich Entscheidungsspielraum besitzen. Es macht keinen Sinn, sich ohnehin getroffene Entscheidungen durch halbgeartete Partizipationsverfahren abnicken lassen zu wollen. Kollaboration bedeutet auch die Einbeziehung von Personen, die Jude Broomfield als „intercultural innovators“ bezeichnet (Bloomfield 2006). Sie entsprechen etwa den „best persons“ im Rahmen von Stadterneuerungsprozessen, die Ton van der Pennen kürzlich in dieser Zeitschrift vorgestellt hat (van der Pennen 2013). Bei diesen Personen handelt es sich um selbstbewusste und aktive Grenzüberschreiter, die sich nicht an die üblichen Problemdefinitionen halten. Durch ihr forschendes Auftreten werden sie aber oftmals von den bestehenden Institutionen als Gefahr und Konkurrenz gesehen – ihre Rolle muss dagegen gestärkt werden.

4. Die Städte sind dazu aufgerufen, sich in ihrer baulichen Gestalt an der Vielheit zu orientieren („Designing for Diversity“) und gleichzeitig Orte zu schaffen, in denen sich diese Vielheit verkörpert. Das wird auch in deutschen Kommunen teilweise bereits angegangen. In der Stadtentwicklungsstrategie „Duisburg 2027“ etwa, die zum neuen Flächennutzungsplan führen soll, hat der Rat sogenannte „Querschnittsbelange“ festge-



legt, zu denen neben der Gleichstellung der Geschlechter und Barrierefreiheit auch ausdrücklich „interkulturelle Urbanität“ gehört. Das Kriterium ist wiederum in sechs Leitlinien aufgeteilt, die interkulturelle Urbanität als Grundlage einer innovativen Wirtschaftsstruktur definieren und die Schaffung von „Orten der Begegnung“, eine „interkulturelle Kulturarbeit“ sowie eine „vielfältige Baukultur“ als Orientierungspunkte festlegen.

Bislang handelt es sich noch um „Wording“, doch die Richtung stimmt. So sollte bei der Planung öffentlicher Gebäude danach gefragt werden, an wen sie sich eigentlich adressieren, welche Traditionen sie wie selbstverständlich aufgreifen und welche Schwellen sie aufrichten. Zudem wäre auch darüber nachzudenken, wie die interkulturelle Stadt sich symbolisch in sogenannten Leuchttürmen verkörpern könnte. Tatsächlich scheinen die Pläne für das „Humboldt-Forum“ in der Mitte Berlins darauf hinzudeuten, dass die Vielfalt in der Mitte der deutschen Hauptstadt verankert werden soll – unter diesem Namen sollen die ethnologischen Sammlungen der staatlichen Museen in das wieder aufgebaute preußische Stadtschloss einziehen. Allerdings lässt die derzeitige Konzeption vermuten, dass es sich eher um eine Einhegung der lebendigen Vielfalt handelt – hinter einer preußischen Fassade, unter dem Namen eines deutschen Forschers sollen die Artefakte einer vergangenen Authentizität neu präsentiert werden. Das wäre denn eher eine Strategie, die im englischsprachigen Bereich als „Containment“, als Eindämmung, bezeichnet wird

5. Geboten wäre – auch gegen solche Art von „Containment“ – die Schaffung von Plattformen, von offenen Räumen, die eben sich nicht am Vorbild der repräsentativen Plätze des 19.



Abb. 4: Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg (Foto: Annick Rietz)

Jahrhunderts orientieren. Ein alternatives Modell wäre – um bei einem Berliner Beispiel zu bleiben – der Görlitzer Park im Stadtteil Kreuzberg. Im Sommer wird der überfüllte Park zu einer Fläche, auf der alle Formen von „everyday urbanism“ (Chase/Crawford/Kaliski 2008) zu beobachten sind. In den alltäglichen Praxen der Raumeignung wird Interkulturalität permanent ausgehandelt. Allerdings geben solche Orte keineswegs Anlass zur Romantisierung – die endemischen Probleme wie Konflikte, Kriminalität oder Abfall liegen auf der Hand

und bedürfen wiederum der Regelung. „Plattform“ bedeutet nicht, den Raum mehr oder minder sich selbst zu überlassen (was in Kreuzberg häufig der Fall ist). Aber die Politik sollte bei den zivilen Aushandlungen und auch Auseinandersetzungen ansetzen, die eben kein statisches multikulturelles Nebeneinander definieren, sondern einen neuen interkulturellen Raum. An der Gestaltung dieses Raums sollten so viele Personen wie möglich mitwirken können. Erst wenn sich Bewohner in ihrem Gemeinwesen engagieren, kann sich eine Vorstellung von Gemeinsamkeit entwickeln.

Kollaboration statt Integration

Die so skizzierte Gestaltung setzt einen unvoreingenommenen Blick auf die Städte voraus. Einen Blick, der sich nicht von normativen Vorstellungen, sondern von jenem „in-between-awareness“ leiten lässt, das Aldo van Eyck definiert hat als ein Sensorium für Schwellen, Bewegung und Ambivalenzen (van Eyck 2008). Ein Blick, der forscht und „lernt“ im gleichen Sinne wie Robert Venturi, Denise Scott-Brown und Steven Izenour vom scheinbaren Abfalleimer der US-Architektur, Las Vegas, gelernt haben. Die zweite Prämisse wäre ein neues Ethos der Kollaboration. Wenn die Stadt unhintergebar eine Vielheit ist, dann ist nicht „Integration“, sondern Kollaboration der zentrale Wert des Zusammenlebens. Durch Kollaboration lernen sich die „Fremden“ kennen, welche die Stadt seit jeher ausmachen. Die traditionellen Ideen von Gemeinschaft haben sich stets auf die Vergangenheit bezogen. In der Parapoli teilen die Bewohner aber nur eine sehr kurze Geschichte. Für heutige Gesellschaften kommt es darauf an, sich auf eine Gemeinschaft der Zukunft hin zu entwerfen.

Dr. Mark Terkessidis

Journalist, Autor und Migrationsforscher, Berlin

Quellen:

Häußermann, Hartmut/Oswald, Ingrid (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung, in : Dies. (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan Sonderheft 17/1997.

8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2010.

Taylor, Ian A. et al. (1996): A Tale of Two Cities: Global Change, Local Feeling and Everyday Life in the North of England. A Study in Manchester and Sheffield, London and New York: Routledge.

„Visit Duisburg“, https://www.duisburg.de/freizeit/tourismus_freizeit.php, letzter Zugriff: 27.09.2013.

Bloomfield, Jude (2006): Profile of intercultural innovators, Comedia <http://www.coe.int/t/dg4/cultureheritage/culture/cities/Publication/ProfileInterculturalInnovators.pdf>, letzter Zugriff 27.09.2013.

van der Pennen, Ton (2013): Best Persons, in: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 2 / März-April 2013.

Chase, John/Crawford, Margaret/Kaliski, John (eds.) (2008): Everyday Urbanism, New York: Monacelli.

van Eyck, Aldo (2008): „The child, the city, the artist. An essay on architecture. The in-between realm“, in: Ders.: Writings. The Child, the City and the Artist. Collected Articles and Other Writings 1947-1998, Amsterdam: Sun Publishers, S. 53 ff.